

Bezirksamtsvorlage Nr. 1206 / 2020
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 11.08.2020

1. Gegenstand der Vorlage:

Bezirkliches Konzept für Diensträume und Dienstgebäude erstellen

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage- zur Kenntnisnahme - betrifft:
„Bezirkliches Konzept für Diensträume und Dienstgebäude erstellen“, Drs. 0520/V,
als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung
Schule, Sport und Facility Management beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

Bitten wir der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über **Bezirkliches Konzept für Diensträume und Dienstgebäude erstellen**

Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.06.2017 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0520/V):

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Konzept zur bedarfsgerechten, bürgernahen, nachhaltigen und effizienten Bereitstellung von Diensträumen / Dienstgebäuden zu erstellen und der Bezirksverordnetenversammlung zeitnah vorzulegen. Die finanziellen Auswirkungen auf den Bezirkshaushalt sind darzustellen.

Das Bezirksamt hat am 11.08.2020 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Von quantitativ ausreichend zur Verfügung stehenden Arbeitsräumen, die auch den qualitativen Anforderungen einer vorgesehenen Nutzung entsprechen sollen, ist die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Ämter und Serviceeinheiten des Bezirks Mitte abhängig. Dabei können die qualitativen Anforderungen den einzelnen Nutzungen variieren. Gleichwohl überwiegt die Nachfrage nach „Standardbüroflächen“ so deutlich, dass auf eine differenzierte Betrachtung der Nutzungsanforderungen mit dem Ziel der Komplexitätsreduzierung bei der Erstellung des Konzepts verzichtet wurde. Das vorliegende Konzept fokussiert auf quantitative Aspekte.

Nachdem, wie im Zwischenbericht dargestellt, zunächst die Unterbringung der Mitarbeiter des Gesundheitsamtes im Vordergrund stand, werden weitere Anmietungen mit den Personalaufwüchsen in den verschiedenen Ämtern notwendig. Mit dem vorliegenden Konzept wird langfristig die ausreichende Verfügbarkeit von Arbeitsräumen sichergestellt.

Für eine Prognose der Mitarbeiterentwicklung im Zeitraum bis 2028 ist mit dem Steuerungsdienst und der SE Personal und Finanzen vereinbart, dass der Personalszuwachs aus dem Aufwuchsvolumen 2018 als Ausgangsbasis dient und diese Zahlen Grundlage für die Flächenprognose werden. Die Flächenbilanzen verändern sich durch den Abgang oder Zugang angemieteter Flächen.

Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 sind die Stellenzuwächse im Stellenplan aufgenommen und bilden die Grundlage für die erste Aktualisierung seit der Erarbeitung des Konzeptes zum Ende des Jahres 2019.

Für anlassbezogene Änderungen durch relevante Einflussparameter (Personal- oder Aufgabenzuwachs) müssen später weitere Aktualisierungen in den Flächenbilanzen erarbeitet werden.

Das Konzept wird als Anlage beigefügt.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltplan und die Finanzplanung:

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Um die steigende Zahl der Mitarbeiter unterzubringen wurden seit 2017 im Gebäude Kapweg 3-5 Flächen (Bürofläche, Verkehrs-, Technik- und Sanitärflächen) mit ca. 3.700 m² angemietet.

Die Jahresmieten betragen ca. 1,3 Mio €.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den 11.08.2020

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksstadtrat Spallek